Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 22 mm breite mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., die 79 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Rabatt nach Staffel D. Anzeigenpreisliste Nr. 3. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Rpf. ausschl. Porto. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Halbmonatl. 1,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 45 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 15 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 20 Rpf.

Postadresse: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20021, 27951–27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Viktoriastr. 4a; Fernruf: Kurfürst 9361–9366
Postscheck: Dresden 2060 – Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 71. × Sonntag, 24. März 1935 43. Jahrgang

Eden und Suvich bei Laval

Eröffnung der Ausstellung „Wunder des Lebens" – Ruf über die neue Erziehung – Italienische Erklärung zum Abessinien-Konflikt

Politik oder nur Agitation?

Die Meinungen in Paris – Lavals Antwort an Franklin-Bouillon

Telegramm unsres Korrespondenten

H. Paris, 23. März

Lordkanzler Eden ist gestern abend im Flugzeug in Paris eingetroffen und in der englischen Botschaft abgestiegen. Der italienische Unterstaatssekretär Suvich kam heute mit dem Romexpreß. Die erste Sitzung der „Konsultationskonferenz" begann um 11 Uhr am Quai d'Orsay. Im Anschluß daran findet ein diplomatisches Frühstück statt. Dann folgt die zweite Sitzung, und gegen 17 Uhr soll die Konferenz mit der Veröffentlichung eines kurzen Communiqués ihr Ende finden. Es sollen, wie heute der „Matin" abermals betont, keine Beschlüsse gefaßt werden. Das Wichtigste sei, heute die Vorbereitungen für die zweite Konsultationskonferenz festzustellen, die nach der Rückkehr Sir John Simons aus Berlin Ende der nächsten Woche in Como stattfinden soll.

Die französische Regierung hat durch ihren Botschafter in London gestern gegen eine etwaige Einladung Deutschlands zur Teilnahme an der Konferenz in Como schärfsten Protest einggelegt. Sie hat erklären lassen, diese Versammlung finde entweder nur unter den Hauptteilnehmern England, Frankreich und Italien oder überhaupt nicht statt. London hat beruhigend geantwortet, es werde nur an eine Teilnahme Deutschlands an einer dritten Konferenz gedacht, die nach der Zusammenkunft von Como stattfinden könne. Für diesen Fall will Frankreich darauf bestehen, daß

auch Sowjetrußland eingeladen

wird. Weiter weist man in Paris darauf hin, daß eine solche dritte Konferenz erst nach der Entscheidung des Völkerbundsrates über die französische Klage stattfinden könne. Im übrigen meint man, daß die Reichsregierung in den

Berliner Verhandlungen mit Sir John Simon

nicht genug „Entgegenkommen" zeigen werde, um den französischen Widerstand gegen die deutsche „Politik der vollendeten Tatsache" aus der Welt zu schaffen. Daraus läßt sich erkennen, daß Frankreich vorläufig noch in großer Halsstarrigkeit verharrt. Die französische Kammer hat gestern in einer demonstrativ feierlichen Aussprache das römische Abkommen über die Regelung der Kolonialprobleme zwischen Frankreich und Italien genehmigt. Der Abgeordnete Franklin-Bouillon nahm auch diese Gelegenheit wahr, um einen heftigen Angriff gegen Deutschland zu führen. Er erklärte dabei, die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland komme einer Kriegserklärung gleich. (!)

Außenminister Laval äußerte sich dagegen in sehr ruhiger Weise

über die außenpolitische Lage. Seine Rede beweist, daß es auch in Frankreich noch Geister gibt, die wirklich den kühlen Kopf bewahrt haben. Aber da es allerseits auffiel, daß der französische Außenminister immer wieder betonte: „Meiner Ansicht nach . . ." „ich persönlich glaube . . ." scheinen sich die Gerüchte bewahrheiten zu wollen, nach denen es im Schoße der französischen Regierung selbst zu großen Meinungsverschiedenheiten über die Deutschland gegenüber einzuschlagende Politik gekommen sei. Besonders betonte Laval, Frankreich arbeite auch heute noch an der Annäherung der Völker und es

denke nicht daran, von diesen Werk irgend jemnad auszuschließen,

Frankreich sei stark und es werde sich nicht selbst aufgeben. Deshalb sei er, Laval, optimistisch. Der Abgeordnete Franklin-Bouillon klagte vergeblich, daß Laval nicht wenigstens die prinzipielle Erklärung abgegeben habe, Frankreich würde niemals die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland gutheißen. Demgegenüber erwiderte Laval nur wieder, daß er Politik, nicht aber Agitation treibe.

Deutschland will ehrlich den Frieden

Rede des Reichsministers Dr. Goebbels in Hannover

× Hannover, 23. März

Reichsminister Dr. Goebbels traf am Freitagnachmittag, von Wiesbaden kommend, mit einem Sonderflugzeug in Hannover ein, um dort in einer gewaltigen Kundgebung in der Stadthalle zu sprechen. Er wurde allenthalben von begeisterten Volksmassen stürmisch begrüßt. Der Versammlung wohnte auch der Chef des Stabes Lutze bei. Dr. Goebbels wandte sich zunächst innenpolitischen Problemen zu, wobei er u.a. ausführte, wenn manche Kritikaster geglaubt hätten, sich darüber beschweren zu müssen, daß dieses oder jenes noch nicht geschehen sei, so habe man ihnen nicht sagen können: „Ihr wißt ja gar nicht, was ihr tut, denn während ihr redet, bauen wir eine neue deutsche Macht auf." Heute aber könne man ihnen sagen:

Wir bauen nicht nur an der Macht, die Macht ist schon da!

Dr. Goebbels wies dann auf die großen Erfolge im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hin und erklärte weiter u. a., eine Revolution in einem Lande durchzuführen, das in der Zwangsjacke eines unerträglichen Vertrages stecke, erfordere ein wohldurchdachtes Ineinandergreifen der revolutionären Maßnahmen im Innern und der notwendigen Maßnahmen nach außen. Bei diesen Schwierigkeiten hätte der Nationalsozialismus sagen können: Erst wollen wir die Wirtschaft ankurbeln, dann erst können wir an sozialpolitische Maßnahmen denken. Die Regierung habe das nicht getan. Sie habe im ersten Winter nach der Machtübernahme ein Winterhilfswerk aufgebaut, das in seiner grandiosen Ausdehnung die sozialen Werke aller Zeiten in den Schatten stellte. Beim zweiten Winterhilfswerk mußte sie den Erfolg des ersten Jahres zu übertrumpfen. Dr. Goebbels wandte sich dann den außenpolitischen Fragen zu. Er betonte:

Es wird in Deutschland keinen Staatsmann mehr geben, der auf die Lebensrechte seines eigenen Volkes verzichtet,

nur um damit die Welt zu „beruhigen". Deutschland will nichts als die volle Gleichberechtigung mit den andern großen Nationen. Als uns die Welt diese verweigerte, haben wir ihre Konferenzen verlassen. Wir haben am 16. März die Maßnahmen getroffen, um die Sicherheit unsres Volkes wieder der eigenen Kraft der Nation zu überantworten. Wir bauen keine Armee auf, um Krieg zu führen, sondern um den Frieden zu bewahren; denn nicht das bewaffnete, sondern das unbewaffnete Deutschland hat Europa beunruhigt. Der Minister kam dann auf die

Klage Frankreichs beim Völkerbund

zu sprechen und fragte, ob Frankreich dort auch gleichzeitig über seine eigene Nichtabrüstung verhandeln lassen wolle, durch die es selbst den Versailler Vertrag verletzt habe. Warum antworte Frankreich nicht auf die Friedensangebote, die ihm von Deutschland gemacht worden seien? Es werde erkennen müssen, daß Deutschland ehrlich den Frieden wolle. Allerdings wolle Deutschland als gleichberechtigte Großmacht behandelt werden. Von dieser Entschlossenheit sei es nicht mehr abzubringen, mit dieser Tatsache müsse die Welt sich abfinden. Deutschland wolle nichts andres, als das, was die andern Völker als ihr selbstverständliches Recht beanspruchen:

die Ehre und die nationale Souveränität.

Es sei andererseits gewillt, dieses Recht auch allen andern Völkern zuzuerkennen. Es habe keinen Ehrgeiz, kriegerische Lorbeeren zu suchen, denn es habe große innere Aufgaben vor sich: die konsequente Fortführung der Arbeitsschlacht, die Erzeugungsschlacht und die große Reichsreform. Die Rede wurde immer wieder von stürmischem Beifall unterbrochen. Dr. Goebbels flog gleich nach Beendigung der Massenkundgebung nach Berlin zurück.

Von Sonntag zu Sonntag

Was im Ausland geschah – Ein Querschnitt durch die Weltpolitik der Woche

Eine schicksalsschwere Mission

Eine Woche von historischem Rang liegt hinter uns. Eine von noch größerer, noch entscheidenderer Bedeutung beginnt. Am Sonntag treffen der englische Außenminister Sir John Simon und der Lordsiegelbewahrer Anthony Eden in Berlin ein, um in einer direkten Aussprache mit dem Führer und den deutschen Staatsmännern die europäische Lage zu besprechen und einen Ausweg aus der Krise zu suchen. Diese Aufgabe wird, wie wir zuversichtlich hoffen, erfolgreich gelöst werden. Aber sie ist sicherlich nicht leicht, und wir wollen keineswegs die Schwierigkeiten, die einer Lösung noch entgegenstehen, unterschätzen. Darauf hat erst vor kurzem der deutsche Außenminister Herr v. Neurath ausdrücklich aufmerksam gemacht.

Leider ist diese Aufgabe durch andre Staaten nicht erleichtert worden. Vor allem die französische Politik hat, milde gesagt, keine sehr glückliche Hand gehabt. Anstatt sie verlangte sie einen gemeinsamen Protestschritt der drei westlichen Großmächte. Als England gesondert vorging, versuchte ein Teil der Pariser Presse, den Besuch Sir John Simons zu hintertreiben. „Pertinax" sprach noch am Montag dieser Woche im „Echo de Paris" die Hoffnung aus, daß der Besuch abgesagt werde, da eine Reise nach Berlin im gegenwärtigen Augenblick „nur ein Zeichen der Schwäche" sei. Als London sich diese Bevormundung höflich und bestimmt verbat und sich entschloß, Sir John Simon trotz der französischen Proteste nach Berlin zu entsenden, sprach die Pariser Presse von einer „Kapitulation" Englands. Die französische Regierung aber verlangte nunmehr, daß zum mindesten vor der Reise Sir John Simons eine Beratung der drei Westmächte stattfinde. Sie mußte sich von den „Times" sagen lassen, daß der englische Außenminister nicht auf Abruf jederzeit zur Verfügung stehen könne. Schließlich einigte man sich dahin, daß der Lordsiegelbewahrer Eden zu einer Besprechung mit Laval und Suvich am heutigen Sonnabend in Paris zusammentreffen und daß nach der Rückkehr Sir John Simons aus Berlin eine neue Konferenz stattfinden soll. Wahrscheinlich an den Gestaden des Comersees — einerseits, weil dort die Frühjahrssaison beginnt, andererseits, weil Mussolini an ihr persönlich teilnehmen möchte.

Kleine Komödie der Mißverständnisse

Rings um diese Konferenz hat sich bereits eine kleine Komödie der Mißverständnisse und Aufregungen abgespielt. Sir John Simons Aeußerung in der Donnerstag-Sitzung des englischen Unterhauses war in Paris dahin aufgefaßt worden, daß England eine Beteiligung Deutschlands an der Konferenz wünsche, was in einigen Kreisen der französischen Hauptstadt wahre Tobsuchtsanfälle hervorrief. London berichtigte sich dann dahin, daß zunächst die Westmächte wieder unter sich beraten, daß aber später Deutschland herangezogen werden solle. Auch dazu hat Frankreich noch nicht seine Einwilligung gegeben. Man möchte überhaupt nicht mit Deutschland verhandeln, bevor nicht der Völkerbund gesprochen habe. Auch ein Beitrag dazu, wie man in Paris die deutsche Gleichberechtigung auffaßt. Der Berliner „Times"-Korrespondent hat nicht so unrecht, wenn er in seinem heutigen Bericht darauf hinweist, der Völkerbund könne keinesfalls anziehender für Deutschland werden durch den Gedanken, daß die Deutschen bei ihrer eventuellen Rückkehr sogleich in die Lage von Angeklagten versetzt werden würden. Sicher hat niemand in Deutschland etwas dagegen, wenn die andern Mächte untereinander verhandeln. Wir wehren uns aber dagegen, daß uns Beschlüsse immer wieder fix und fertig vorgelegt werden und unsre ganze sogenannte „Gleichberechtigung" darin besteht, angesichts einer uns vorgehaltenen geladenen Pistole Ja oder Nein zu sagen.

Wir wissen es zu schätzen, daß die englischen Zeitungen im Vergleich zu gewissen Presseerzeugnissen des Kontinents im allgemeinen ruhig und sachlich über die deutschen Beschlüsse in der Frage der allgemeinen Wehrpflicht berichtet haben und daß sie auch dort, wo sie mit uns nicht übereinstimmen, wenigstens den Versuch machten, sich in die deutsche Situation hineinzudenken. Trotzdem wissen wir auch, daß es eine starke, einseitig nach Paris neigende Schicht unter den maßgebenden Männern Englands gibt — geführt z. B. vom alten Austen Chamberlain. Wir wissen auch, daß der deutsche und der englische Standpunkt nicht in allen Punkten übereinstimmen, und wir möchten am Vorabend der Verhandlungen vor einer falschen Einschätzung der englischen Politik, wie sie in Deutschland ab und zu üblich ist, warnen. England handelt selbstverständlich nicht aus irgendwelcher „Deutschfreundlichkeit" heraus. Die Politik Großbritanniens wird nur durch britische Gesichtspunkte bestimmt, wie die deutsche nur durch deutsche bestimmt werden kann. Das ist ganz selbstverständlich.

Englische und deutsche Interessen

Ueber die Ziele der englischen Politik auf dem europäischen Kontinent haben wir an dieser Stelle schon oft berichtet. England möchte Frieden auf dem Festland haben. Es kann kein unruhiges, unsicheres Europa im Rücken brauchen, wenn die großen weltpolitischen Entscheidungen auf den Weltmeeren und im Fernen Osten heranreifen. Andererseits sieht die englische Politik auch die Gefahren eines „französischen Friedens", d. h. eines Friedens, der Hegemonie Frankreichs auf dem Festlande bedeutet. Eine grenzenlose Ausweitung der Machtstellung Frankreichs oder einer Bündnisgruppe, die von Frankreich dirigiert wird, liegt nicht im Interesse Englands. Vor allem nicht ein in seiner Bedeutung selbstverständlich über Europas Grenzen hinausreichendes französisch-russisches Militärbündnis. Dies zu verhindern, ist eines der Ziele der Berliner Fahrt Sir John Simons.

Wir haben sicher nichts gegen, eine französisch-englische Freundschaft einzuwenden, und die immer wieder auftauchenden Behauptungen, Deutschland versuche, einen Keil zwischen Paris und London zu treiben, entsprechen nicht den Tatsachen. Das Ziel der deutschen Politik ist es ja gerade, ein Auseinanderfallen Europas in zwei bewaffnete Lager, d. h. die Wiederkehr der Situation von 1914, zu vermeiden. Allerdings dürfen — darauf machte dieser Tage die Berliner „Diplomatisch-Politische Korrespondenz" aufmerksam — solche Freundschaften nicht in Verschwörungen gegen ein andres Land ausarten. Verschwörungen sind aber die Bündnispläne von Pertinax oder jener famose „Block der Gerechtigkeit", von dem Franklin-Bouillon in seiner gestrigen Kammerrede phantasierte. Wir glauben vorläufig und bis zum Beweis des Gegenteils, daß sich im Kampfe gegen eine Wiederkehr derartiger Blockpolitik in Europa die deutschen und die englischen Interessen decken.

Kreuzritter Karl Radek

Daß die Interessen Rußlands ganz anders gelagert sind, haben wir erst in der vergangenen Woche an dieser Stelle ausführlich dargelegt. Moskau beginnt allmählich, die gleiche düstere Rolle zu spielen, wie in den Vorkriegszeiten die kriegslüsternen Großfürsten, die korrupten Petersburger Finanziers und die chauvinistischen Professoren vom Schlage Miljukows. Deshalb wurden die englischen Ausgleichsbemühungen von vornherein von der sowjetrussischen Presse mit bitterstem Hohn überschüttet. Deshalb tritt jetzt ausgerechnet Karl Radek als Kreuzritter des Versailler Vertrages in die Schranken.

Wenn man allerdings liest, wie „Iswestija" und „Prawda" mit Riesenlettern die „Zerreißung" des Versailler Vertrages durch Deutschland anprangern, so kann man sich eines Lächelns über soviel sittliche Entrüstung gerade der Bolschewiki nicht erwehren. Aber vielleicht sind wir ungerecht, vielleicht ist diese sittliche Feinfühligkeit der Sowjets einigermaßen zu verstehen. Die Sowjetunion ist noch ein Neuling in der „Heiligen Allianz" für die Aufrechterhaltung des Friedensvertrages von Versailles, der früher in der bekannten robusten Sprache, die man in Moskau liebt, als ein wertloser „bourgeoiser" Fetzen Papier in Grund und Boden verdammt wurde. Die Verteidigung des Friedenswerkes von Versailles, wie es von dem westeuropäisch-amerikanischen Hochkapitalismus 1919 geschaffen wurde, hat also für die kommunistische Sowjetunion noch den Reiz der Neuheit.

Eine Kundgebung der Profintern

Manchmal klappt allerdings die Regie noch nicht ganz. Während die russischen Zeitungen auf ihren ersten Seiten ihre Tiraden gegen die „revolutionäre" Außenpolitik Deutschlands und ihre Hymnen auf das „friedliche" Frankreich und den Versailler Friedens-